

400 Stellen fallen weg

IBM-Deutschland-Chefin **Martina Koederitz** muss einmal mehr harte Personalvorgaben der US-Konzernzentrale umsetzen: So sollen in der deutschen Niederlassung des amerikanischen IT-Konzerns in diesem Jahr rund 400 Stellen wegfallen, heißt es aus Kreisen des IBM-Aufsichtsrats. Die betreffenden Mitarbeiter sollen Aufhebungsverträge unterschreiben. Durch die Maßnahme sinkt die Zahl der IBM-Mitarbeiter in Deutschland nach Berechnungen der Wirtschaftswoche auf rund 16 500.

Die Pläne sind Teil eines konzernweiten Programms zum Jobabbau. Der Gewerkschaftsverbund Global Union Alliance @ IBM erwartet, dass allein in den USA 5000 Beschäftigte gehen müssen. Weltweit könnten nach Analystenschätzungen bis zu 8000 Stellen im laufenden Jahr wegfallen.

IBM Deutschland will die Pläne nicht kommentieren und verweist auf die Bekanntgabe der Zahlen fürs vierte Quartal Ende Januar: „Dort hat IBM bereits angekündigt, 600 Millionen Dollar fürs Workflow Rebalancing bereitzustellen.“

michael.kroker@wiwo.de

- 02.03.** **Konjunktur** Die europäische Statistikbehörde Eurostat berichtet am **Montag**, wie sich der EU-Arbeitsmarkt im Januar und die EU-Preise im Februar entwickelt haben.
- 03.03.** **Umwelt** EU-Umweltkommissar Karmenu Vella stellt am **Dienstag** den neuen Bericht über den Zustand der Umwelt in der EU vor. Er soll als Grundlage dienen für die Umweltpolitik der EU bis 2020.
- 04.03.** **Porsche** Das Landgericht Braunschweig verhandelt am **Mittwoch** die Klagen zweier Investoren gegen die Porsche-Holding PSE. Die Kläger fordern Schadensersatz von Porsche und dem VW-Konzern von 1,8 Milliarden Euro und im zweiten Fall von 351 Millionen Euro.
- 05.03.** **Geldpolitik** Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) berät am **Donnerstag** auf Zypern über die weitere Geld- und Zinspolitik. Anschließend informiert EZB-Präsident Mario Draghi darüber.
- Banken** Die amerikanische Notenbank veröffentlicht die vorläufigen Ergebnisse des Stresstests. Sie hat US-Töchter ausländischer Banken untersucht. Die vollständigen Resultate präsentiert die Notenbank am 11. März.
- China** In Peking kommt der Volkskongress zusammen, das Parlament der Volksrepublik. Die rund 3000 Mitglieder tagen bis zum 15. März. Thema wird vor allem die Wirtschaft sein, die im vergangenen Jahr nach offiziellen Angaben um 7,4 Prozent wuchs, so gering wie seit 24 Jahren nicht mehr.
- 06.03.** **Mobilfunk** Am **Freitag** endet die Frist für die Zulassung zur Auktion von Mobilfunkfrequenzen. Die Teilnahme von Deutscher Telekom, Vodafone und Telefónica O2 gilt als sicher.



Finanzspritze für Berliner

Spotify-Investor Northzone steckt 20 Millionen Dollar in das Berliner Mode-Start-up Outfittery. Es ist das erste Engagement der schwedischen Beteiligungsgesellschaft bei einem deutschen Unternehmen. Mit dem frischen Kapital wollen die beiden Outfittery-Gründerinnen **Anna Alex** und **Julia Bösch** ihre Expansion in Europa vorantreiben. Das Unternehmen schickt Männern nach einem kurzen Style-Check und einer Beratung am Telefon jeweils zwei individuelle Outfits. Inzwischen nutzten mehr als 200 000 Männer das Angebot.

Das erst drei Jahre alte Start-up expandierte schon in acht europäische Länder, darunter Dänemark, Schweden und Belgien. Jetzt will es auch in Großbritannien antreten.

„Mit dem außergewöhnlichen Wachstum in den vergangenen zwei Jahren haben uns die beiden Gründerinnen überzeugt“, sagt Northzone-Partner Hans Otterling. Jährlich investiert die Beteiligungsgesellschaft in zehn Start-ups weltweit, darunter der Musikstreamingdienst Spotify, das wohl bekannteste Investment.

nora.jakob@wiwo.de

China drängt ins Geschäft

Die Sanktionen gegen Russland schlagen bei der deutschen Wirtschaft kräftig ins Kontor. Die Exporte sind 2014 um knapp 20 Prozent eingebrochen, so der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). „Wir reden hier von sechs bis sieben Milliarden Euro Umsatzeinbußen“, sagt DIHK-

Präsident **Eric Schweitzer**. Das koste Arbeitsplätze und bringe Hunderte Unternehmen in eine schwierige Lage, insbesondere im Maschinenbau.

Besonders schmerzlich dürfte dabei sein, dass internationale Wettbewerber davon profitieren. „Es besteht schon die Gefahr, dass Geschäftsbeziehungen in Richtung China verloren gehen“, warnt Schweitzer. „Je länger die Sanktionen dauern, desto mehr Marktanteile verliert Deutschland in Russland.“

Dennoch steht der Spitzenverband der Wirtschaft hinter den Sanktionen. Europa habe auf den massiven Bruch des Völkerrechts reagieren müssen, betont der DIHK-Präsident. Die Sanktionen sollten auch aufrechterhalten bleiben, bis es Fortschritte zu einem dauerhaften Frieden in der Ostukraine gebe. Dann aber, kündigt Schweitzer an, „bin ich für eine rasche Prüfung, ob die Sanktionen aufgehoben werden können“.

christian.ramthun@wiwo.de | Berlin



Spotify-Investor klingen die Ohren Outfittery-Gründerinnen Alex (links) und Bösch